



Der Innenminister bei seinen Ausführungen

Nachschlag zum Thema „Wann greift das Bürokratieentlastungsgesetz?“

■ Das ging diesmal zügig. Im Februar hatten wir als Aufmacher unserer Zunftglocke das Bürokratieentlastungsgesetz gewählt. Und schon im April konnten wir zu diesem Thema mit unserem Bundestagsabgeordneten Dr. Thomas de Maizière offen diskutieren. In überschaubarer Runde wurde sich im Berufs- und Technologiezentrum der Handwerkskammer Dresden in Großenhain am Freitagabend getroffen. Nach kurzer Einleitung und Begrüßung durch den Handwerkskammerpräsidenten, Dr. Jörg Dittrich, und den Kreishandwerksmeister, Kurt Hähnichen, ging es auch gleich zur Sache. Dr. de Maizière erläuterte die Hauptursachen vom Entstehen übermäßiger Bürokratie. So sprach er von „sektorialer“ Betrachtungsweise und erläuterte es anhand von Beispielen. Jedes Amt für sich und bezogen auf seine Verantwortung betrachtet den zu beurteilenden Umstand aus seiner Perspektive. Denkmalschutz, Brandschutz und Umweltschutz kollidieren da schon mal mit den Energieverordnungen. Jeder für sich allein betrachtet, ist vernünftig

und nachvollziehbar. Die Problematik liegt dann in der Gesamtheit. Die anwesenden Handwerker konnten dem nur beipflichtend zunicken.

Ein weiteres Problem in der Bürokratie, so der Minister, liegt in der staatlichen Steuerung durch Förderung. Durch die jeweilige Förderung ergibt sich eine Vielzahl von Einzelregelungen, da man gewillt ist, auch gerecht zu fördern. Hier kennen wir das Beispiel der Unterstützung für die Flutopfer aus dem Jahr 2013. Wer sich auf das Prozedere durch die Sächsische Aufbaubank eingelassen hat, weiß, wie viel Bürokratie allein diese Förderung verursacht hat. Man war gewillt, aus der Vergangenheit (insbesondere aus der Flut des Jahres 2002) und den negativen Folgen von Fördermissbrauch zu lernen, und hat letztendlich ein schwieriges Regelwerk geschaffen. Auch hierbei gab es Zustimmung.

Ein besonderer Bereich für die Entstehung von Bürokratie ist jedoch die Meldepflicht.

Die Vielzahl von Bestands- und Datenerhebungen wird jedoch nicht nur von den Ämtern erwünscht. An diesen Statistiken sind neben Ämtern auch Krankenkassen, Versicherungen, insbesondere die Berufsverbände, interessiert.

Der Minister beendete die Einführung mit der Frage: „Wo ist der Schraubenzieher, damit wir das verändern können?“

Der Kammerpräsident Jörg Dittrich ergänzte die Ursachenaufzählung des Ministers um die „politisch motivierte Bürokratie“. Als Beispiele führt er die Vorfälligkeit der Sozialabgabe und die Einführungspflicht von manipulationssicheren Kassen an.

In der anschließenden Diskussionsrunde meldeten sich eine Reihe von Handwerkskollegen zu Wort, um dem Minister mit Beispielen deutlich zu machen, wie der Handwerksbetrieb unter der Last der Bürokratie stöhnt. Schnell kam man dabei zu dem Mindestlohngesetz und dessen



Dokumentationspflichten. Herr Richter, Inhaber einer großen Reinigungsfirma aus Großenhain, berichtete zum Beispiel, dass er mittlerweile gezwungen ist, wöchentlich seine Lohnabrechnung zu machen. Die vom Gesetzgeber geforderten Aufzeichnungspflichten sind in seinem Gewerk absolut nicht praktikabel. Er ärgert sich vor allem darüber, dass er das Gefühl hat, dass Unternehmer durch den Gesetzgeber in kriminellem Generalverdacht stehen. Das Gesetz erachtet er sowieso als „ins Leere gehende“, da kein Unternehmer Beschäftigte findet, die für weniger als den Mindestlohn arbeiten würden. Zumal in allen Tarifverträgen mindestens oder mehr als 8,50 Euro Einstiegslohn stehen.

Herr Löffler, Ofensetzer- und Fliesenlegermeister, machte deutlich, dass die Gesamtheit der Verordnungen so viel Aufwendungen in der Firma erfordern, dass man kaum jemanden empfehlen kann, einen Handwerksbetrieb zu führen. In seinem Beispiel ist dies das Bundesimmissionsgesetz, das ihm „kaum Luft zum Arbeiten lässt“.

Der Obermeister der Fleischerinnung Meißen, Herr Münch, ergänzte aus seiner Branche über die Nachweispflichten. „Seit den 90er Jahren haben wir Fleischer die Pflicht, die Quelle des Fleisches zu dokumentieren. In all den Jahren hat lediglich ein Kunde nach der Herkunft des Rindviehs gefragt. Die Kundschaft hat Vertrauen in die Arbeit und Qualität seines Handwerks.“

Der Minister verstand die Problematik und wünschte sich viel mehr Einfluss der Handwerker in den Entscheidungsgremien. „Es sind zu wenige Handwerker in den Bundesgre-

mien“, so Thomas de Maizière. Oftmals sind die Entscheidungsträger sehr weit weg von der Praxis. Das muss sich ändern. Und weiter: „Zugegeben, wir haben mit dem Mindestlohngesetz übertrieben und mittlerweile ist die Rücknahme der Vorfälligkeit bei der Sozialabgabe ein reines Finanzproblem geworden. Es ist viel zu teuer, diese Regelung wieder zurückzunehmen.“

Der Kammerpräsident machte gleich den Gegenvorschlag, dass es wenigstens für Klein- und mittelständische Betriebe möglich gemacht werden sollte, die Vorfälligkeit zurückzunehmen. Großen Konzernen macht es sicherlich nichts aus, doch im Handwerksbetrieb geht es um Liquidität.

Logisch, dass man beim Thema Bürokratie auf die Statistiken kommt. Hier waren sich alle einig, dass es viel zu viele gibt. Die statistischen Erhebungen sind jedoch oftmals die Grundlage für Gesetze. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse schaffen mehr Fairness und damit eine genauere Betrachtungsweise. Die gutgemeinte Differenzierung bei Regelungen oder Vorschriften schafft jedoch leider wieder Bürokratie.

Einen Lösungsansatz sehen alle Beteiligten in der Vereinfachung der Meldepflicht durch die Digitalisierung. Und schon waren wir beim Thema Breitbandausbau. Was nutzt dem Handwerker eine digitalisierte Auftragsvergabe, wenn die notwendigen technischen Voraussetzungen vor Ort nicht gegeben sind? Bis 2018, so der Minister, müsste dieses Thema Geschichte sein.

Eine weitere Lösung wäre in der Befristung von Gesetzen. So hätte

man beispielsweise die Dokumentationspflichten im Zusammenhang mit der Einführung des Mindestlohns auf drei Jahre befristen können. Sozusagen als flankierende Maßnahme zur Durchsetzung. Die Unternehmer hätten zwar alle dennoch über den hohen bürokratischen Aufwand gestöhnt, aber es wäre nur eine zeitlich begrenzte Maßnahme gewesen. So haben wir diese Pflichten dauerhaft, die keiner braucht. Eine Abschaffung dieses Gesetzes ist ja wohl nicht in Sicht.

Der Kreishandwerksmeister Kurt Hähnichen leitete die Endrunde ein und bedankte sich beim Minister für die offenen Worte zum Thema und das echte Verständnis. Er meinte, dass die Kleinteiligkeit des Handwerks viel zu wenig Berücksichtigung findet. Nur durch Betroffenheit entsteht oftmals erst der Wille zur Veränderung. Jörg Dittrich ergänzte, dass es wichtig ist, mit der Politik im Gespräch zu bleiben, und weiß, dass das regionale Handwerk in Herrn de Maizière einen guten Partner hat. Er regte außerdem an, mal die Vorteile einer Selbstständigkeit zu thematisieren. Viel zu viel wird über berechnete Unzulänglichkeiten und erhöhte Anforderungen gesprochen – es ist jedoch wichtig, auch über die schöne Seite einer eigenständigen beruflichen Lebensaufgabe zu reden.

Der Minister selbst hat den Anwesenden geraten, das Gespräch auch mit den Sozialministerien zu suchen, um dort mehr Verständnis für die Belange des Handwerks einzufordern.

Mit dem Gefühl, zwar nicht gleich die Welt verändert, aber dennoch Notwendiges angesprochen zu haben, machten sich die Beteiligten auf ihren Heimweg.
(KHS)

